

Ursula Westphal-Georgi

Der Sozialstaat wird umgebaut - Perspektiven für die Frauen

Die Aussichten der Mädchen und jungen Frauen in den achtziger und neunziger Jahren dieses Jahrhunderts Erwerbsarbeit zu finden, die ihren Qualifikationen und Interessen entsprechen, verschlechtern sich zunehmend. Denn die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze verringert sich weiter, während zugleich das Erwerbspersonenpotential steigt. Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, die aus diesen Faktoren resultiert, trifft nicht nur die Problemgruppen am Arbeitsmarkt. In zunehmendem Maße werden auch die männlichen Facharbeiter, Angestellten und die Hochschulabsolventen davon betroffen. Mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) sind die staatlichen Instrumente zur Förderung und Qualifizierung des Arbeitskräfteangebots erheblich eingeschränkt worden. Verbleibende Mittel und Instrumente werden sich unter diesen Umständen immer mehr auf die Qualifizierung und Vermittlung der männlichen Arbeitnehmer aus der Kerngruppe des Arbeitsmarktes konzentrieren.

Die Chancen werden so immer geringer, Frauenförderungsprogramme, Ausbildungsplätze für Mädchen, Wiedereingliederungsmaßnahmen für Hausfrauen und andere Instrumente zur positiven Diskriminierung durchzusetzen und zu finanzieren. Alle Berechnungen und Analysen weisen darauf hin, daß diese Arbeitsmarktkrise als langfristig eingeschätzt werden muß. Die Vollbeschäftigungsperiode ist zu Ende. Eine Antwort auf diese Krise ist das Abtreten des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Er kann nicht mehr finanziert werden, das ist Konsens unter den herrschenden Gruppen und Parteien. Aber sein Konzept der staatlichen Fürsorge, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, stößt auch immer weniger auf Resonanz bei den alten und neuen Mittelschichten. Die Reformhoffnungen sind schal geworden.

Die Kosten der 'Modernisierung der Volkswirtschaft' scheinen vielen Bürgern inzwischen zu hoch. Umweltzerstörung und Planungsarroganz beim Zerschneiden gewachsener ökologischer und sozialer Zusammenhänge hat zu einer Abkehr von den Reformhoffnungen und von der Strategie, den Marsch durch die Institutionen zu versuchen, geführt. Sicherlich wurden und werden Staatsverdrossenheit und Enttäuschung über die praktische Politik der Reformer dadurch verstärkt, daß die Versprechungen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates - Vollbeschäftigung, Bildungsreform, mehr Demokratie wagen - nicht eingehalten wurden. Der Staat erweist sich zunehmend als weniger kooperativ und fürsorglich. Er wird im Gegenteil eher als repressiv, ungerecht und phantasielos erfahren. Arbeitslosigkeit, Berufsnot der Jugendlichen, innenpolitische Unruhen und Kriegsangst prägen das Bild der Republik.

Eine mögliche Perspektive suchen viele Menschen und soziale Bewegungen derzeit verstärkt in Bindungen und Bezügen, die Geborgenheit vermitteln sollen und die das Engagement des Einzelnen in der Gemeinschaft für ein überschaubares, sinnvolles Ziel erhoffen lassen. Bindungen und Bezüge in und auf die Region (Regionalismus, Heimatgefühl), Landschaft (Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen und urbanen Umwelt; ökologischer

Ackerbau), Gemeinde (Bürgerinitiativen, Wählergemeinschaften, Nachbarschaftsfeste, Nachbarschaftshilfen, kleine Netze), lokale Geschichte (mündliche Geschichtsschreibung), Familie (Familiensinn, Hausgeburt, Stillgruppen, sanfte Macht der Familie) erlangen verstärkt Bedeutung und werden als das wesentliche Element des Lebens angesehen und verteidigt.

In diesem Kontext wird verständlich, daß die Prinzipien Chancengleichheit, Antidiskriminierung, Quotierung etc. ihre vorwärtstreibende Kraft für politisches Handeln und soziale Bewegungen verlieren. Selbstverwirklichung und Autonomie in unverwechselbaren Gemeinschaften werden zum Movens für Engagement und Arbeitseinsatz.

Schichten- und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Teilhabe an Bildungs- und Berufschancen werden unter solchen Bedingungen eher akzeptiert als bekämpft. Die positiven Aspekte einer scharf akzentuierten männlichen und weiblichen Geschlechtsrolle gewinnen wieder an Attraktivität.

Im Aufwind sind derzeit zwei gesellschaftspolitische Vorstellungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, das liberal-konservative Modell und Vorstellungen der Grünen und Alternativen. Diese werden im folgenden im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Frauen skizziert. Daran anschließend wird kurz die Vorstellung einer Vertreterin der autonomen Frauenbewegung über die Perspektive der Frauenarbeit in den achtziger Jahren dargestellt.

1. Die sanfte Macht der Familie

Das liberal-konservative Modell setzt vorrangig auf Privatisierung staatlicher Dienstleistungen, auf mehr Markt, auf mehr Eigeninitiative und mehr Profit, weniger Steuern und Sozialabgaben, um verstärkt unternehmerische Investoren anzuregen. In diesem Kontext fordert Norbert Blüm, der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse: »Die Sozialpolitik müsse in dem Sinne 'entstaatlicht' werden, daß Subsidiarität, Eigenverantwortung, Familie und Nachbarschaftshilfe wieder zur Geltung kommen könnten; damit sei auch der Mißbrauch der Sozialsysteme zu bekämpfen« (Blüm 1981).

Konkretisiert wurden diese Vorstellungen auf der 19. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Oktober 1981, die unter dem Motto 'Die sanfte Macht der Familie' stand. Mit der Forderung nach mehr Selbsthilfe und Eigeninitiative in Familie und Nachbarschaft wird die *ideologische Aufwertung der Familienarbeit* für die Frauen verbunden. Mütterlichkeit als 'Symbolwert für die Tugenden einer sanften Gesellschaft' wird offensiv in den Vordergrund gestellt, als Gegenstrategie zu einer Gesellschaftspolitik, die alles für machbar hält, ohne nach dem Humanen zu fragen.

Ich werde im folgenden zur Illustration des Konzepts die wichtigsten Vorstellungen in einer längeren Passage zitieren:

»Die Familie schafft Kultur und ist zugleich ein Produkt der Kultur. Kulturelle Entwicklung, die sich von der Familie löst, entfernt sich von ihrem Ursprung. Härte, Egozentrik und Wildwuchs der modernen Industriegesellschaft sind auch das Ergebnis mangelnder Treue zur Familie. Zurück zur Familie ist also kein Rückmarschbefehl in eine Familienidylle, wie sie sich in der Geschichte immer verschiedenartig ausgeprägt hat, sondern eine Vorwärtsstrategie zurück zur Natur des Menschen ... Die ersten Schritte des Menschen auf den Mond haben noch einmal die Faszination der großen Eroberungswelle der Neuzeit ausgelöst. Die Fußspuren der Mondfahrer sind längst verweht. Das Nachtge-

stirn gehört wieder den Liebenden, Ölschock und anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise haben uns auf den Boden unseres Planeten zurückgeführt. Die Welt ist endlich. Es hat keinen Zweck mehr, alles zu machen, was wir machen können.

Doch es ist nicht ausgemacht, daß diese Erfahrung ausreicht ...

Wir müssen natürliche Dämme aufschütten gegen die Verlockung, den besseren Menschen oder die menschlichere Gesellschaft in der Weise zu schaffen, in der der Züchter sein Schwein den Verbraucherwünschen anpaßt. Die 'Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben' hat jetzt eine Broschüre mit Selbstmordratschlägen angekündigt. Mitempfinden ist noch keine Menschlichkeit. Wer die Schwangerschaft einer vergewaltigten Frau abbricht oder dem Sterbenden einen schmerzfreien Tod gibt, ist bereits auf dem Wege in eine Gesellschaft, in der das Ziel Menschlichkeit abgekoppelt ist von den Werten, die der Willkür des Menschen entzogen bleiben müssen.

Der Begriff Menschlichkeit ist durch einen sentimentalischen Humanismus unterwandert. Er beschreibt also nicht mehr eindeutig die Grenzen der Unmenschlichkeit. Deshalb sind wir für Mütterlichkeit als Symbolwert der Tugenden einer sanften Gesellschaft, in der jedes Leben aufgehoben ist. Sicher ist die einzelne Mutter nicht gegen den Versuch gefeit, Menschlichkeit mißzuverstehen. Sie ist jedoch viel widerstandsfähiger als jede Institution gegen die Versuchung, aus einer beliebigen humanen Begründung in das Tabu des Lebens einzugreifen. Sie steht dem eher ohne Vorbedingung gegenüber, weil sie Leben nicht bloß auslöst, sondern aus der Substanz ihres eigenen Körpers entwickelt. Mütterlichkeit, zu der auch der Mann zurückfinden muß, beschreibt also präziser die Grenzen zur Menschenfeindlichkeit.

Mutterarbeit als 'Leben entwickeln' und 'Zuwendung geben' ist daher auch mehr als Erziehungsarbeit und erst recht mehr als Erwerbsarbeit. Die Erwerbsarbeit wird weniger in der Gesellschaft. Wir müssen die Arbeit verteilen. Jeder, ob Mann oder Frau, muß den gleichen Zugang zur Erwerbsarbeit haben und zu den gleichen Bedingungen. Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns nicht ständig gegenseitig zu wiederholen. Zur Wahlfreiheit gehört, wenn das Wort Sinn haben soll, aber auch die Freiheit, aus dem Erwerbsleben auszusteigen, beispielsweise um sich ganz den Kindern zu widmen. Unsere Leistungsgesellschaft ist auf Erwerbsarbeit fixiert als Platzanweiser. Doch angesichts der quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Erwerbsarbeit wachsen Zweifel an ihrer allseigmachenden Wirkung, beginnt die Suche nach Selbstverwirklichung durch Arbeit in anderen, dem Menschen oft näherstehenden Formen. Humanisierung ist also mehr als saubere Hände und gesunde Verhältnisse am Arbeitsplatz. Zur Humanisierung der Arbeit gehört auch, daß eine Frau nicht aus finanziellen oder Prestigegründen zur Erwerbsarbeit genötigt wird. Nicht die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau, wohl aber die Ideologie, daß sie sich nur in der Erwerbsarbeit entwickelt, steht zur Debatte« (Esser 1981, S. 190).

Die Eigenart der hochtechnisierten, die Naturbeherrschung vorantreibenden, expansiven, kühl-kalkulierenden Industriegesellschaft wird konfrontiert mit den Tugenden einer sanften Gesellschaft, für die die Frauen in den Familien entstehen. Mütterlichkeit wird zum Synonym für eine sorgende, fürsorgliche Menschlichkeit. Der Rationalität bürokratischer Institutionen wird die Rationalität intuitiver Weiblichkeit vorgezogen, die einen ungebrochenen Zugang zum Humanen habe, weil sie aufgrund von Schwangerschaft und Geburt allem Lebendigen animalisch näher sei. Die natürliche Gefühlskompetenz der Frau wird höher geschätzt als die Rationalität von Institutionen und Experten.

Der hohe Wert der Mutterarbeit wird betont. Sie sei wertvoller als Erwerbsarbeit. Die Wahlfreiheit wird mit der Priorität der Familienarbeit versehen. Das Prinzip Selbstverwirklichung für die Frauen wird in einem unvermuteten Kontext hervorgehoben: Da viele Menschen die Erwerbsarbeit als Weg der Selbstverwirklichung nicht mehr attraktiv finden, wird folgerichtig unter das Programm Humanisierung des Arbeitslebens die Forderung subsumiert, daß keine Frau aus finanziellen und Prestigegründen zur Erwerbsarbeit genötigt werden soll.

Unter dem Gesichtspunkt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist deutlich eine Profilierung der Geschlechterrollen für Mann und Frau festzustellen. Der Mann ist der erwerbstätige Ernährer der Familie und die Frau sorgt für die emotionale und häusliche Betreuung der Familienmitglieder. 'Die sanfte Macht der Familie' ist ein Familienprogramm für Frauen. Die weibliche Rolle - so wie sie in dem Konzept der Sozialausschüsse skizziert wird - bedeutet im wesentlichen, Autonomie gegen Sicherheit einzutauschen. Diese Sicherheit in der Ehe steht allerdings auf tönernen Füßen, denn wegen der ökonomischen Abhängigkeit vom Ehemann kann sie zu einem unerträglichen Zwang werden oder nur mit der kategorischen Unterordnung unter die Wünsche und Interessen des Mannes erkaufte werden.

Es ist bemerkenswert, daß die Sozialausschüsse mit diesem Thema zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit treten, wo die Arbeitnehmer Strategien gegen Arbeitslosigkeit, gegen Abbau des sozialen Besitzstandes wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftskrise erwarten. Das Konzept 'Die sanfte Macht der Familie' stellt eine patriarchalisch-reaktionäre Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit dar. Denn es definiert die Frauen vom Erwerbsarbeitsmarkt weg, indem es - unbezahlt - die Rolle der Familienhausfrau ausschmückt. Die Ansprüche der Frauen auf gleichwertige Ausbildung, Berufstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden als egoistisch und inhuman diffamiert.

2. Mehr Selbsthilfe in überschaubaren Gemeinschaften - Rückzug aus der Mega-Maschine

Kritik am Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung äußern auch die Grünen und Alternativen. Sie finden eine relativ breite Resonanz in der Bevölkerung, besonders unter den Jugendlichen. In vielen grundsätzlichen Forderungen unterscheiden sich diese Gruppen essentiell von der CDU. So in der Ablehnung der Atomwaffen und der Kernkraftwerke, in der vehementen Forderung nach mehr Umweltschutz und mehr preiswerten Wohnungen in einem urbanen Lebensraum, im Engagement für den Frieden und in der Bekämpfung staatlicher Strategien, die die Bevölkerung in Bürger und Randgruppen auseinanderdifferenzieren. Auch ihr Verhältnis zum Parlamentarismus und zur repräsentativen Demokratie stimmt mit dem der etablierten Parteien nicht überein. Andererseits springen Ähnlichkeiten mit den Sozialausschüssen in der Auffassung über die Krise der Industriegesellschaft und des Wohlfahrtsstaates ins Auge. Auch in der Sicht der Grünen und Alternativen sind gesellschaftliche Vermassung, soziale Atomisierung und persönliche Orientierungslosigkeit, die viele Menschen empfinden, eine Auswirkung der hochtechnisierten Industriegesellschaft und der Übersozialisierung 'von oben' durch zuviel Staatseingriffe in die Lebenswelt der Bevölkerung.

Diesen Entwicklungstendenzen setzen die Theoretiker der Alternativbewegung das Konzept einer Dualwirtschaft entgegen, um zu verhindern, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen weiterhin durch die 'Mega-Maschine' zerrissen werden. So geht es beispielsweise Joseph Huber, als einem exponierten Teilnehmer dieser Debatte, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, darum, »möglichst viele Lebenstätigkeiten, die mit der fortschreitenden Institutionalisierung, Technisierung, Professionalisierung und Monetarisierung außer Haus gegangen sind, ganz oder teilweise wieder 'heimzuholen', sei es in Form moderner 'Heimarbeit' (die sich z.B. auch elektronischer Informations- und Kommunika-

tionssysteme und teilautomatischer Werkzeuge bedient) oder als Eigenwirtschaft und Selbsthilfe privater Haushalte und lokaler Gemeinschaften - und zwar vom Gemüsepflanzen und von Handwerksarbeiten bis zur medizinischen Selbsthilfe, der Pflege Kranker und der Erziehung und Ausbildung« (Huber 1980, S. 24).

Unter dem Gesichtspunkt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist bemerkenswert, daß es sich bei den Tätigkeiten, die Huber ins Haus oder in kleine Gemeinschaften verlagern möchte, weitgehend um diejenigen handelt, die den Frauen zugeschrieben werden und die von ihnen zu leisten sind. Huber will diese Arbeitsteilung aber nicht vertiefen. Er lehnt auch die Forderung nach Bezahlung von Haus- und Gemeinschaftstätigkeiten im sozialen Bereich ab. Eine Lösung sieht er darin, die Männer zu gleichen Teilen an der Hausarbeit zu beteiligen:

»Es kommt darauf an, für Frauen und Männer im technoorganischen und sozialen Bereich gleiche bzw. einander entsprechende Rechte, Verantwortlichkeiten und Freiheiten zu schaffen« (ders., S 31).

Sozialgehälter für diejenigen, die im Sozialsystem arbeiten, lehnt Huber aus pragmatischen Gründen ab, weil dafür massive Steuererhöhungen notwendig wären.

»Folglich bleibt nur ein Weg, für maximal viele Menschen, Männer und Frauen, Junge und Alte einseitige Arbeitsplätze im System bereitzuhalten, nicht zuletzt auch um möglichst viele Steuerzahler zu haben, die möglichst wenige Nicht-Erwerbstätige finanziell mittragen können, und andererseits Gelegenheiten zur Eigenarbeit zu schaffen, durch Bereitstellung von Geländen und Gebäuden, Werkstättenausrüstungen und entsprechenden Ausbildungsangeboten. Dies beinhaltet u.a. auch eine radikale Verkürzung und Differenzierung der tariflichen Arbeitszeiten und - dem muß man nüchtern ins Auge sehen - eine mehr oder minder entsprechende Verringerung der Geldeinkommen. Der Ausgleich kann nur in verstärkter gemeinschaftlicher Selbsthilfe und Eigenaktivität liegen. Dahinter verbergen sich allerdings verschärft Verteilungskämpfe und der Abschied von asozialen und unbequemen Lebensgewohnheiten« (ders., S. 33).

Huber stellt selbst die entscheidende Frage in Hinblick auf diese Askese fordernden Konsequenzen: »Wer aber ist schon zu so etwas freiwillig bereit?«

In diesem Konzept wird ähnlich wie in den Vorschlägen der CDU-Sozialausschüsse den unüberschaubaren, überwältigenden, kalten Großeinrichtungen dieser Gesellschaft eine Absage erteilt. Die Förderung kleiner Einheiten in Familie, Nachbarschaft und Produktionsgemeinschaften werden als eine Perspektive für eine lebenswertere Gesellschaft anvisiert. Das Leben soll verstärkt zurück ins Haus verlagert werden. Anstelle von kapitalintensiven sollen arbeitsintensive Techniken angewandt werden, die auch schonender mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Selbstversorgung wird großgeschrieben.

Die Utopie von der kleinen Gruppe, der Familiengemeinschaft, in der das orientierungslose Individuum aufgehoben ist, beeindruckt das Gefühl und weckt Wünsche nach einer überschaubaren Welt, in der alles seinen festen Platz hat. Es ist allerdings die Frage, ob die realistische und wünschenswerte Alternative zur Mega-Maschine, zum Individualismus und zur Schwierigkeit, seinen Platz in der Industriegesellschaft zu finden, die Rückkehr zu kleinen Gemeinschaften heißen kann:

Denn mit der Kritik an der Vereinzelung wird auch oft übersehen, daß die Freisetzung von traditionellen Bindungen vielfach als eine Befreiung empfunden wurde und als ein Sieg des Individuums gegenüber unterdrückenden Verhältnissen. Die Eingliederung in den Markt ist und bleibt die Bedingung für mehr Autonomie trotz der damit verbundenen Ausbeutung¹. Dieser Gesichtspunkt scheint mir im Interesse von Frauen von entscheiden-

der Bedeutung zu sein. Selbstverwirklichung im umfassenden Sinne gibt es weder in der Familienarbeit noch in der Erwerbsarbeit oder in der Kombination aus beidem. Aber die Erwerbsarbeit als ökonomische Grundlage und Qualifizierungsmöglichkeit bietet größere Dispositions- und Entscheidungsspielräume.

Die Familienarbeit sichert nicht den Lebensunterhalt, sondern im Rahmen der traditionellen Bindung einer Ehe wird sie alimentiert vom Ehemann. Nach den bürgerlichen Vorstellungen werden die Leistungen aufgrund von Liebe und partnerschaftlicher Vereinbarung etc. erbracht und nicht um des Geldes willen. Die Möglichkeit des Erwerbstätigen zu regionaler und arbeitsplatzbezogener Flexibilität ist in diesem Verhältnis nicht gegeben. Die in der Haus- und Familienarbeit erworbenen Qualifikationen lassen sich auf dem Erwerbsarbeitsmarkt nur in nicht-professionalisierten, sozial und ökonomisch geringwertigen Arbeitsverhältnissen als Putzfrau, Küchenhilfe, Babysitter etc. anwenden, da kaum Durchlässigkeit zwischen dem System der Familien- und der Berufsarbeit besteht. Die gesellschaftliche Organisation der Interessen der Familienarbeit, die weitgehend von den traditionellen Familienverbänden geleistet wird, schreibt die Frau auf die lebenslange Rolle als Mutter und Hausfrau fest und klammert die Erwerbsarbeit als die Sphäre des Mannes weitgehend aus. Teilnahme an der Erwerbsarbeit hingegen ermöglicht eine gewerkschaftliche Organisation und das Eintreten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau und für die soziale und ökonomische Absicherung der Reproduktionsrisiken der erwerbstätigen Frauen als Individuen - unabhängig von der Ehe - durch Lohn und Sozialleistungen.

Die beiden Konzepte der sanften Macht der Familie und der verstärkten Selbsthilfe beinhalten nicht nur eine tendenzielle Absage an den Individualismus zugunsten der Selbstverwirklichung und Geborgenheit im Leben und Arbeiten in kleinen Gruppen, sondern beide stehen auch in der Gefahr, eine zweigeteilte Gesellschaft zu fixieren.

Der sanften Macht der Familie und der Mütterlichkeit wird die technokratische Gesellschaft, die brutale Erwerbsarbeitswelt, die Allmachtphantasien der Macher entgegengestellt. Josef Huber sieht die Dualwirtschaft in zwei Teile zerfallen, in die Mega-Maschine der industrialistischen Gesellschaft, in das Techno-System auf der einen Seite und auf der anderen Seite in den sozialen Sektor der kleinen Netze, der gemeinschaftlichen Eigenarbeit und Selbsthilfe, in der Pflege, Erziehung und Versorgung praktiziert wird.

Die Arbeitsplätze im sanften Systemteil mögen mehr Geborgenheit vermitteln, die Menschen leben aber auch enger aufeinander, sie können weniger selbstständig disponieren, die Arbeit ist zeit- und kraftintensiver, sie erfordert mehr Selbstdisziplin als im tariflich geregelten anderen Bereich, die Tätigkeiten sind weitgehend abgekoppelt von dem anderen mächtigeren, die Gesellschaftsstrukturen bestimmenden Systemteil. Und diese sanfte Welt muß auch weitgehend von der anderen, der technokratischen finanziert werden.

Es besteht die große Gefahr, die Zerteilung der Gesellschaft zu vertiefen und schärfer als im Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung zwischen Privilegierten und Zukurzgekommenen, Armen zu differenzieren. Die Gefahr, daß die Masse der Frauen in stärkerem Maße als die Männer zu den Zukurzgekommenen und Armen gezählt werden muß, ist nachweislich vorhanden. Denn durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sind die Frauen eh in den niedrigsten Lohngruppen und weitgehend an den Rand der qualifizierten Erwerbsarbeit gedrängt. Qualifizierte Frauenarbeitsplätze im Büro und kaufmännischen Bereich werden wegrationalisiert. Die Einsparungen im Öffentlichen Dienst bewirken, gestützt durch die Ideologie: mehr Selbsthilfe, mehr Familie, weniger Staat, weniger Anspür-

che -, daß vor allem Frauenarbeitsplätze im pflegerischen, erziehenden, betreuenden, beratenden Bereich des Öffentlichen Dienstes eingespart werden.

Die Frauen gehen nicht freiwillig in den informellen Sektor, sondern sie werden dahin und in die Ehe gedrängt. Um nicht ganz auf den gewohnten materiellen Konsum verzichten zu müssen oder um einfach überleben zu können, werden Frauen zunehmend zu niedrigen Preisen 'persönliche' Dienstleistungen - putzen, waschen, betreuen, pflegen, sich prostituieren - anbieten.

3. Hausfrauisierung der Arbeit

Skeptischer als in den beiden eben skizzierten gesellschaftspolitischen Vorstellungen werden die Auswirkungen der Krise von der Sozialwissenschaftlerin und Feministin Claudia von Werlhof in ihrem Aufsatz: 'Die Krise: Hausfrauisierung der Arbeit' beurteilt. Im folgenden will ich die wesentlichen Überlegungen kurz darstellen, da ich sie für die weitere Diskussion um die Wirkungen der Krise sehr anregend finde.

Claudia von Werlhof fragt, welche Auswirkung die Veränderung in der Arbeitsplatzstruktur auf überkommene gesellschaftliche Leitbilder und Lebensverhältnisse hat. Sie sieht Gemeinsamkeiten in der Entwicklung der sogenannten Dritten Welt und der Industrienationen. Nach ihrer Auffassung handelt es sich bei der derzeitigen Änderung in der Wirtschaftsstruktur und auf dem Arbeitsmarkt nicht bloß um eine gemäßigtere strukturelle Verschiebung oder um eine Konjunkturkrise,

»sondern um den Beginn einer völlig neuen Phase kapitalistischer Entwicklung, von der keiner weiß, wie sie genau aussehen wird. Sie ist dadurch gekennzeichnet - und das ist es, was vor allem von Bedeutung ist - daß sie die 'freie Lohnarbeit' mehr oder weniger abschafft. ... Der Proletarier, die Säule des Kapitalismus verschwindet« (v. Werlhof 1982, S. 35).

Freier Lohnarbeiter ist für Claudia von Werlhof grundsätzlich jeder, der seinen Lebensunterhalt mittels Lohn oder Gehalt bestreitet.

»Dieser Typ des Lohnarbeiters stellt bei uns immerhin eine Art Mehrheit dar, er trug die Gesellschaft, die Demokratie, er war der Wähler, er war der 'Freie, Gleiche und Brüderliche', ihm galten die bürgerlichen und Menschen-Rechte, er war der angeblich gleichwertige und mündige Vertragspartner der Unternehmer, er war gesetzlich vor Willkür und Gewalt geschützt, sozial gesichert, permanent, wenn nicht lebenslang beschäftigt in Fabrik und Büro, er war gewerkschaftlich frei organisiert, und er erhielt einen Lohn, der für ihn und seine Familie auf einem durchschnittlichen Niveau der Lebenshaltung ausreichte: der Staatsbürger, der 'Mensch', das Mitglied der Gesellschaft, das freie Individuum. Alle Modernisierungstheorie, sowohl linke wie rechte und mittlere waren sich darin einig, daß dieser Typus von Arbeiter-Mensch verbreitet werden sollte und sich auch ausbreiten würde: Der 'freie Lohnarbeiter' stellt das 'Bild der Zukunft' für alle noch nicht Lohnarbeitenden und überhaupt den Rest der Menschheit dar. ... Auch die sog. Emanzipation der Frau bezieht sich darauf, daß Frauen eben solche 'gleichen' quasi geschlechtsneutralen Lohnarbeiter werden« (dies., S. 36).

Der eben genannte Umstand, daß alle emanzipatorische Politik auf der Vorstellung vom 'freien Lohnarbeiter' aufbaut, ist für die Analyse von Sozialpolitik von zentraler Bedeutung. Alle Gleichberechtigungspolitik, die Forderung nach Chancengleichheit, Antidiskri-

minierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau orientiert sich am Bild des 'freien Lohnarbeiters', wie er in dem obigen Zitat in seinen sozialen und ökonomischen Bedingungen skizziert wurde. Wenn der 'freie Lohnarbeiter' zahlenmäßig nicht zunimmt, sondern tendenziell verschwindet, dann verflüchtigt sich die substanzielle Grundlage für eine emanzipatorische Politik, durch die Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden sollen. Denn emanzipatorische Politik ist in unserem, durch die Aufklärung bestimmten Denken qua definitione auf die geistige und ökonomische Verselbständigung, die individuelle Unabhängigkeit von traditionellen, nicht durch die Vernunft und die Menschenrechte legitimierten Mächte gerichtet.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß Claudia von Werlhof »weder den wirklich grundlosen Optimismus von Herrn Gorz noch von anderen Teilen der sog. Alternativbewegung (teilt, d. V.), die meinen, mit der Lohnsklaverei sei nun auch die Sklaverei abgeschafft. Der Lohn wird abgeschafft, das stimmt« (ebd.).

Sie betrachtet daher auch die publizistische Konjunktur des 'informellen Sektors' und die Hoffnungen, die sich daran knüpfen, mit großer Skepsis:

»Es ist jener Bereich, in den die ehemaligen Proletarier abgeschoben werden, - Teilzeitarbeit, Kontraktarbeit, Saison- und Gastarbeiterarbeit, illegale Leiharbeit, sowie unentlohnte Arbeit wie die sog. Eigenarbeit, Schattenarbeit (Illich), Subsistenzwirtschaft und meist 'vergessen' Hausarbeit, also generell (Lohn)Arbeit, die nicht 'frei' ist. In der Debatte über diesen Sektor wird bisher tunlichst übersehen, daß er absolut nichts Neues ist« (dies., S. 37).

In die Diskussion kommt dieser Sektor immer stärker, weil er all die Menschen aufnehmen soll, die zunehmend überflüssig zu werden scheinen, weil sie nicht mehr als Lohnarbeiter verwendbar sind. Die zentrale These des Aufsatzes von Claudia von Werlhof besagt, daß die Hausarbeit in diesem wachsenden Sektor das Modell der Arbeit ist und nicht die Lohnarbeit. Sie spricht deshalb von der Hausfrauisierung der Arbeit (dies., S. 39)².

Aber verschwindet mit der überkommenen Form der 'freien Lohnarbeit' nicht auch die uns bekannte Form der Hausarbeit? Dies ist nicht der Fall. Denn:

»Die Allroundaufgaben der Hausfrau haben letztlich das Ziel, menschliche Arbeitskraft herzustellen, lebendige Menschen. Es ist Menschenproduktion. Im Gegensatz zur Produktion von Sachen. Die Hausfrau ist 'spezialisiert' auf Menschen, der Lohnarbeiter auf Sachen. Das ist das Geheimnis, warum die Hausarbeit als Modell organisierter Arbeit nicht verschwinden wird zusammen mit der (freien) Lohnarbeit« (dies., S. 41).

Aus dieser Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zieht Claudia von Werlhof andere Schlüsse als das CDU-Programm über die Macht der Frauen. Gerade weil die Frau im Gegensatz zum freien Lohnarbeiter ein Produktionsmittel besitzt, nämlich ihre Gebärfähigkeit, muß sie unter der Kontrolle und Gewalt des Kapitals bleiben; den Frauen wurde ihre Macht, ihre Ökonomie, ihr Wissen entrisen, damit sie bereit wurden, die entwürdigende Rolle der Hausfrau einzunehmen.

Die jahrhundertelange Vergewaltigung der Frau hat ein weibliches Arbeitsvermögen hervorgebracht, das keiner Qualifizierung bedarf, nichts kostet und außerordentlich nützlich ist für den Kapitalismus und das Patriarchat (dies., S. 42)³.

Claudia von Werlhof vertritt die These, daß die Umstrukturierung unserer Wirtschaft den Versuch beinhaltet, dieses weibliche Arbeitsvermögen soweit wie möglich auch den Männern anzuerziehen und aufzuzwingen:

»Denn der Lohnarbeiter macht zu wenig und kann zu wenig. Er kann nur tun, was bezahlt wird und was vertraglich vereinbart wurde. Er tut nichts darüber hinaus, und er hat keine Ahnung von der Menschenproduktion« (ebd.).

Werden sich die Männer gegen die ihnen zugemuteten 'hausfrauisierten' Arbeitsbedingungen wehren und erkennen, daß sie diesen Kampf im Bündnis mit den Frauen aufnehmen müssen? Claudia von Werlhof bezweifelt, daß sich die Männer gemeinsam mit den Frauen gegen den Abbau des Sozialstaates wehren. Sie nimmt an, daß die Männer die neuen Bedingungen akzeptieren werden, »wenn sie dafür garantiert bekommen, die Kontrolle über die Frauen weiterhin zu behalten.« Claudia von Werlhofs Schlußfolgerungen aus ihrer Analyse stimmen wenig hoffnungsvoll:

»Die sog. Weltmarktfabriken in der 3. Welt und die Vertragsproduktion in der Stadt und auf dem Lande geben uns einen Vorgeschmack von unserer Zukunft: Kasernenartig und militärisch organisierte Teil-Lohnarbeit in den Fabriken, plus kollektive, nicht über Löhne, sondern Kredite regulierte Zwangsarbeit auf dem Lande und das unter Zugrundelegung des Individualgefängnisses Kleinfamilie« (dies., S. 43).

Es scheint logisch schlüssig zu sein, daß die 'hausfrauisierten' Verhältnisse der Dritten Welt auch in der Ersten Welt Platz ergreifen werden, wenn der 'freie Lohnarbeiter' tendenziell verschwindet. Aber ich habe Bedenken gegen diese Folgerungen, weil Claudia von Werlhof diese Perspektive so ungebrochen vorträgt.

M.E. besteht eher die Gefahr einer Spaltung, die die Lohnarbeiter verstärkt in zwei Gruppen teilt, der Kern- und Randgruppe des Arbeitsmarktes. Zu der letzteren zählen auch die Frauen. In ihren Beschlüssen lehnen die Gewerkschaften eine solche Spaltung ab; aber faktisch sind die Interessenunterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen aufgrund von betrieblichen Strategien und der nicht überwundenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung so stark geworden - u.a. weil die Gewerkschaften ein Vereinheitlichungskonzept nicht offensiv vertreten haben -, daß eine Wende in der Krise nicht wahrscheinlich erscheint (vgl. hierzu insbesondere Heinze 1981).

Zu befürchten ist allerdings, daß sich die männlichen 'freien Lohnarbeiter' der westlichen Industrienationen in ihrer Politik von der Auffassung leiten lassen, daß sie ihren Lebensstandard und ihren sozialen Status nur dann annäherungsweise halten können, wenn sie mit dem Kapital gemeinsam die Frauen in den Industrienationen und die Arbeitskräfte in der Dritten Welt ausbeuten und unterdrücken. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Bevölkerungsgruppen, die nicht zur Kerngruppe der männlichen Facharbeiter, Angestellten und Beamten gehören, nur noch in 'hausfrauisierten' Arbeitsverhältnissen ein Unterkommen finden.

Zu vermuten ist also eine Zweiteilung der Gesellschaft in diejenigen mit qualifizierten, gut bezahlten und sozial abgesicherten Arbeitsplätzen als 'freie Lohnarbeiter' und der zunehmenden Zahl der im 'hausfrauisierten', informellen Sektor Tätigen.

Allerdings wird auch bei diesen Gruppen versucht, kollektive Schutzregelungen z.B. im Krankheitsfall zu individualisieren und damit grundlegende Prinzipien der sozialen Sicherung aufzugeben. So geschehen im Entwurf für den Haushalt 83. Bisher ist noch nicht abzusehen, ob die Gewerkschaften willens und stark genug sind, sich dem neuen Trend zur Selbsthilfe, der sie im Kern ihrer Aufgaben trifft, erfolgreich zu widersetzen (vgl. Tofaute 1982).

Eine Alternative zur Hausfrauisierung der Arbeit skizziert Claudia von Werlhof am Schluß ihres Artikels nur mit wenigen Worten:

»Eine Alternative ist nur in Sicht, wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht einfach nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich die Produktionsmittel wieder zu bekommen, ohne dafür 'am Draht' zu hängen, damit wir für unsere eigene autonome Existenz arbeiten können. Dazu brauchen wir allerdings nicht nur keine Proletarier, sondern auch keine Hausfrauen« (dies., S. 43).

In dieser knappen Skizze einer Alternative wird etwas über das Ziel, aber wenig über Mittel und Wege angedeutet. Der Form nach lassen sich Gemeinsamkeiten mit den beiden vorher diskutierten Konzepten feststellen. Claudia von Werlhof kann sich die Alternative zur Hausfrauisierung der Arbeit nur als eine Form vorstellen, in der »wir für unsere eigene autonome Existenz arbeiten.« Sie will erreichen, daß sich die Frauen wieder ihr Wissen, ihr Können und damit ihre Macht aneignen und daß sie die Produktionsmittel in die Hände bekommen.

Es ist offensichtlich eine verbreitete Auffassung, die in der Frauenbewegung auch auf den Erfahrungen mit Projektarbeit und der Auseinandersetzung mit dem Staat und den etablierten Mächten um die Reformierung des § 218 und um die Finanzierung von Selbsthilfeprojekten fußt, lieber auf die eigene Kraft zu setzen und anstelle des Gangs durch die Institutionen und der Abhängigkeit vom fürsorglichen und repressiven Staatsapparat und den industriellen Machtzentren vorzugsweise das Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Ohne Zweifel schafft die Arbeit in kleinen Gruppen und Projekten in einer sozialen Bewegung Selbstvertrauen, sie eröffnet neue Perspektiven und kann Lebensvorstellungen formen. Aber ich halte es für eine gefährliche Illusion, die Auffassung zu vertreten, Frauen könnten sich in dieser hochtechnisierten, vernetzten Industriegesellschaft, die von den Zentren her gesteuert wird, eine autonome Existenz schaffen.

4. Ausblick

Die politische Verunsicherung und Desorientierung, die durch die Krise ausgelöst ist, macht es schwierig, frauenpolitische Konsequenzen aus dem vorher Dargestellten zu ziehen. Eine Strategiediskussion mag auch manchem verfrüht erscheinen, da sich die Diskussion derzeit um die Eigenart, Dauer und Struktur der Krise dreht. Erschwerend kommt hinzu, daß zwischen der SPD und den Gewerkschaften auf der einen und den Grünen, Alternativen und den neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite Fronten entstanden sind, die im Augenblick kaum überbrückbar erscheinen. Nach meiner Auffassung erfordert diese Differenz, die sich auch in der Frauenbewegung zeigt, um so dringender eine Analyse der Krise unter strategischen Gesichtspunkten.

Claus Offe skizziert die eben genannte 'Fronten'-bildung folgendermaßen: Die Gütekriterien von Politik sind selbst zum Gegenstand des politischen Konflikts geworden:

»Auf der einen Seite - auf der Seite *aller* 'etablierten' Parteien - finden wir das Bewirken von Fortschritten. Wieweit auch immer die Deutungen dessen, was 'Fortschritt' bedeuten soll -Wachstum, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit - auseinanderfallen mögen, die methodische Voraussetzung ist die Überzeugung von einer 'unendlichen Perfektiabilität der Verhältnisse' (Benjamin). Alles, was ist, könne auch noch etwas vollkommener sein. Dies zu bewirken sei die Aufgabe des berufsmäßigen Politikers. Diesem (traditionell vor allem, heute aber keineswegs ausschließlich sozialdemokratischen) Politikverständnis opponiert heute eine konträr entgegengesetzte Auffassung von politischer Rationalität, welche die Grünen gewiß weder erfunden noch gepachtet haben, deren Überzeugungskraft

sie jedoch ihren Erfolg verdanken. Diese Rationalität verlangt das Bewahren werthafter Bestände, nicht allein das Bewirken von Fortschritt. Alles, was besteht und alles was erhalten werden soll, steht auf dem Spiel. Die Utopie ist nicht das in der Zukunft zu bewirkende ganz Andere und Bessere, sondern eine zuverlässige Vermeidung unwiederbringlicher Verluste und irreversibler Katastrophen, die Festigung der bereits abbröckelnden und angeschlagenen Bestände an Frieden, natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft, Menschen- und Bürgerrechten« (Offe 1982).

In diesem Konflikt um Gütekriterien von Politik kommen Frauen in die paradoxe Situation, daß sie aufgrund ihrer Sozialisation und ihrer alltäglichen Arbeiten in der Familie vornehmlich der Rationalität des Bewahrens, Erhaltens und Pflegens folgen und eher mit Distanz und Ablehnung gegenüber Statsteingriffen und Verrechtlichung von Lebensverhältnissen reagieren, während sie aber im Gegensatz zu dieser Orientierung wegen ihrer sozial benachteiligten Situation an Fortschritten hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit durch staatliches Handeln und gesetzliche Regelungen stärker als die Männer interessiert sein müssen.

Denn es steht zu erwarten, daß sich ohne kompensatorische sozialstaatliche Maßnahmen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung rigide verschärft und daß sich die Lebensperspektive einer rapide zunehmenden Zahl von jungen Frauen auf die Tätigkeiten der Hausgehilfen und der lebenslangen Hausfrau und Mutter verengt. Die hohe Arbeitslosigkeit, die sinkenden Einkommen bei steigenden Lebenshaltungskosten und Einsparungen in der sozialen Infrastruktur bewirken, daß es nicht weniger Arbeit, aber wesentlich weniger Lohnarbeit geben wird. Die unbezahlten Arbeitsleistungen der Frauen nehmen erheblich zu. Die Probleme der Mädchen aus Elternhäusern mit geringem Einkommen und geringem Bildungsniveau verschärfen sich besonders stark. Sie stehen vorrangig in der Gefahr, ohne unterstützende und kompensierende Maßnahmen schon in der Jugend zu resignieren und gar nicht um Ausbildungsplätze und akzeptable Erwerbsarbeit zu kämpfen. Vor ähnlich schwierigen Problemen stehen Hausfrauen im 'mittleren' Lebensalter, die wieder ins Erwerbsleben zurück wollen.

Meines Erachtens müssen die tragischen Überlegungen für eine Frauenpolitik in der Krise zum einen dahin zielen, die Berufsorientierung der Jugendlichen zu entwickeln und die der erwerbslosen oder mit Familienarbeit beschäftigten Erwachsenen aufrechtzuerhalten. Aufgrund der Euphorie, die bei nicht wenigen vorherrscht, über die Entwicklungsmöglichkeiten des informellen Sektors, wird leicht die Notwendigkeit gering geachtet, zur individuellen und sozialen Orientierung eine berufliche Lebensperspektive zu entwickeln. Das Eintreten für eine Berufsorientierung erfordert auch, die Auseinandersetzung um die Rationalisierung, die nicht nur in der Industrie, sondern verstärkt im Dienstleistungssektor betrieben wird, voranzutreiben. Vernachlässigt wird auch in der aktuellen Diskussion, daß durch die Novellierung des AFG die rigide Trennung zwischen erwerbstätiger und erwerbsloser Bevölkerung verstärkt wird. Es sind Konzepte zu erarbeiten, wie dieser Aufspaltung (Segmentierung) der Bevölkerung in verschiedene Lebensbereiche entgegengewirkt werden kann. Eine Vielzahl von Maßnahmen sind erforderlich, um die Durchlässigkeit zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Selbsthilfetätigkeiten, Subsistenzwirtschaft, ehrenamtlichen Tätigkeiten und Teilnahme an Bildungsveranstaltungen zu ermöglichen. Die Durchlässigkeit erfordert nicht unbedingt höhere finanzielle Aufwendungen des Staates und der Versicherungsgemeinschaft als es die Finanzierung der Arbeitslosigkeit, der Sozialhilfe und der Steuerermäßigung für hohe Einkommen verlangt. Die Durchsetzung eines solchen Konzeptes zur Durchlässigkeit ist angewiesen auf starke politische Kräfte, die sich den Ar-

beitgebern widersetzen und auf politische und administrative Phantasie in der Arbeitszeitgestaltung, in der Anspruchssicherung auf einen Erwerbsarbeitsplatz und in der sozialversicherungsrechtlichen Gestaltung.

M.E. ist es notwendig, vorrangig über Änderungen im Sozialversicherungssystem nachzudenken. Denn dieses schützt den freien Lohnarbeiter und seine Familie in gewissem Umfang im Krankheitsfall, im Alter und bei Erwerbslosigkeit. Für die Zukunft reicht dies aber nicht aus, denn die freie Lohnarbeit wird weniger und die Verselbständigung der Frauen nimmt zu. Es müssen also Formen der sozialen Sicherung gefunden und durchgesetzt werden, die das Individuum bei Krankheit, Alter und außerhalb der freien Lohnarbeit schützen, unabhängig davon, ob es Lohnarbeit, Familienarbeit, Selbsthilfearbeit, ehrenamtlicher Tätigkeiten etc. leistet.

Besonders für (junge) Frauen ist die Durchlässigkeit der Lebensbereiche und ein familienunabhängiger, individueller Versicherungsschutz notwendig, damit sie nicht nur auf die Ehe als Garant der ökonomischen und sozialen Sicherung zurückgeworfen werden bei steigender Erwerbslosigkeit.

Zum anderen ist der Tendenz entgegenzuwirken, die 'sanfte' Macht der Familie der 'kalten' Macht der Apparate und Betriebe gegenüberzustellen und zugleich die soziale und Bildungsinfrastruktur als bürokratisch, überflüssig, Selbsthilfe- und Investitionshemmend darzustellen. Im Gegenteil, vom Staat ist zu fordern, Möglichkeiten der Kommunikation, des gemeinsamen Lernens und Arbeitens und Lebens, der Subsistenzwirtschaft verstärkt zu stützen, anstatt Volkshochschulen, Bibliotheken und Selbsthilfegruppen die ökonomische Basis zu entziehen und an den Heimbewohnern und den Eltern von Behinderten zu sparen.

Frauen suchen in der Krise leicht als Problemlösungsstrategie sich einen Kinderwunsch zu erfüllen. Auf diesem Weg können sie handfester als arbeitslose Männer eine sinnvolle Aufgabe finden; andererseits ist durch die notwendige, zeitaufwendige Arbeit für das Kind aber auch die Gefahr der sozialen Isolation größer, so daß Frauen besonders auf kommunikative Angebote und Unterstützung im Aufbau von Selbsthilfegruppen angewiesen sind. Eine Ausformulierung und intensive Diskussion der hier vorgetragenen Überlegungen ist derzeit auch deshalb noch schwierig, weil die oben skizzierte Frontenbildung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf der einen und Grünen, Alternativen und neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite auch die engagierten Frauen spaltet.

Anmerkungen

1 Zu diesem Aspekt ausführlicher: Rosanvallon, Pierre: Nach der Sozialdemokratie, Die Kosten der Solidarität oder Die Gesellschaft auf der Suche nach sich selbst, S. 68, in: FREIBEUTER 11, Vierteljahresschrift für Kultur und Politik, 1982.

2 dies., S. 39

»Der Proletarier ist scheinbar frei, gleich, brüderlich usw. Die Hausfrau ist dessen Umkehrung. Sie ist ganz real unfrei, unfrei in jenem Doppelsinn, daß sie weder frei ist, Ort und Art ihrer Arbeit und ihres Arbeitsplatzes zu wählen oder zu wechseln, sie ist gebunden an Wohnung, Mann und Kinder, sie ist auch nicht frei von allen Produktionsmitteln, so daß sie lediglich ihre Arbeitskraft besäße, wie es in einem bestimmten Sinne beim Proletarier der Fall ist: Sie hat nämlich, was kein Mann hat und was in unserer Gesellschaft wie ein Produktionsmittel behandelt wird, ihre Gebärfähigkeit, außerdem hat sie den Mann als 'Ernährer'. Auch die Arbeitszeit und Arbeitsbe-

dingungen, Urlaub und Freizeit, all das ist bei der Hausfrau nicht geregelt, der Ehevertrag nicht mit dem Arbeitsvertrag vergleichbar. Es gibt kein Streikrecht, keine brüderliche oder schwesterliche Organisation der Hausfrauen: Sie sind individualisiert und atomisiert. Im Haushalt wacht niemand über Menschenrechte, vor Gewalt und Willkür wird nicht geschützt. Alle Menschen im Kapitalismus sind zwar eigentlich, d.h. potentiell 'Lohnarbeiter', real aber eher 'Hausfrauen', industrielle Reservearmee, relative Überbevölkerung, relativ nämlich im Verhältnis zur vorhandenen Lohnarbeit.«

3 dies., S. 42

»Alles, was Frauen tun, muß Frucht bringen, und diese muß gratis sein, wie die Luft zum Atmen. Das gilt nicht nur für die Kinder, sondern auch für die sonstige Haus- und Lohnarbeit, die zusätzliche emotionale Zuwendung an die Kollegen, die Freundlichkeit, die Unterwürfigkeit, das Immer-zur-Verfügung-Stehen, das Alle-Wunden-Heilen, das sexuell-nutzbar-Sein, das Alles-wieder-in-Ordnung-Bringen und sich-verantwortlich-Fühlen, das sich-Aufopfern, die eigene Bedürfnislosigkeit und Anspruchslosigkeit, das Verzichten für andere, das Ertragen von allem, das Einspringen-können-für-alles, das sich-Zurückziehen, das Un-sichtbar-Sein und das Immer-Dasein, das Passiv-Bereitstehen und das Aktiv-die-Karre-aus-dem-Dreck-Ziehen, das Phantasie-Haben und das Emotional-Sein, das Durchhalten und die Disziplin wie bei einem Soldaten. All das macht das weibliche Arbeitsvermögen aus. Es ist komplett. Es ist das allgemeinste und umfassendste, weil die Gesamtperson einbeziehende und mobilisierende, Arbeitsvermögen, das vorstellbar ist.«

Literatur

Blüm, Norbert: Dann ist ein Banküberfall ein Kreditgeschäft, in: FAZ 6.11.1981

Esser, Lutz: Nachwort, in: Die sanfte Macht der Familie, 19. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, 9. - 11.10.81, Mannheim; Leitsätze, Entschliefungen, Referate, Stimmen, Diskussionen, Bilder, CDA VERLAGSGESELLSCHAFT (Hrsg.) Königswinter 1982

Heinze, Rolf G.; Hinrichs, Karl; Offe, Claus; Olk, Thomas: Sind die Gewerkschaften für 'alle' da? in: Jacobi, Otto; Schmidt, Eberhard, Müller-Jentsch, Walter (Hrsg.): Moderne Zeiten - alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Berlin 1980

Huber, Josef: Anders arbeiten - anders wirtschaften, Die Zukunft zwischen Dienst- und Dualwirtschaft, S. 17 - 36 in: ders. (Hrsg.): Anders arbeiten - anders wirtschaften; Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Ffm. 1980

Offe, Claus: Griff nach der Notbremse, Bewahren oder bewirken - der Aufstieg bringt zwei Politikbegriffe in Spiel, die einander widersprechen; DIE ZEIT, 20.8.1982

Rosanvallon, Pierre: Nach der Sozialdemokratie, Die Kosten der Solidarität oder die Gesellschaft auf der Suche nach sich selber, S. 68, in: FREIBEUTER 11, Vierteljahreszeitschrift für Kultur und Politik, 1982, S. 63 - 76

Tofaute, Hartmut: Die Vorstellungen der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1983, in: WSI-Mitteilungen 8/82, S. 441 - 448

Werlhof, Claudia von: Die Krise, Hausfrauisierung der Arbeit, in: Courage, Aktuelle Frauenzeitung, 3/82, S. 34 - 43